

Eröffnungsansprache Oktobersession 2019

Standespräsident Alessandro Della Vedova

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrtes Publikum auf der Tribüne und zu Hause
Geschätzte Medienvertreterinnen und Medienvertreter
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

"Demokratie ist die Kunst, das Volk glauben zu lassen, dass es regiere". So lautet der Aphorismus eines Autors (Jean François de la Harpe), auf den ich gestossen bin, als ich nach Anregungen für meine heutige Ansprache suchte.

Das vergangene war ein wichtiges Wochenende für die Demokratie in unserem Land. Durch deren Ausübung hat das Stimmvolk die Zusammensetzung der Bundesversammlung für die kommenden vier Jahre bestimmt.

In diesem Sinne möchte ich den vom Bündner Volk gewählten Personen herzlichst gratulieren. Ihnen wünsche ich, in Bundesbern die richtige Mischung zu finden, damit die Interessen unseres Kantons gewahrt werden können, ohne dass dabei jedoch das Gemeinwohl der Schweiz aus den Augen verloren wird.

Mir steht es in meiner Eigenschaft als Standespräsident natürlich nicht zu, die Ergebnisse des vergangenen Wahlsonntags zu kommentieren. Ich möchte jedoch diese Gelegenheit nutzen, um gemeinsam mit euch einige kurze Überlegungen zu diesem Thema anzustellen.

Bereits während der ersten Wochen meiner Präsidentschaft hatte ich das Privileg, an zahlreichen Veranstaltungen teilzunehmen, viele Menschen zu treffen, ihnen zuzuhören und mit ihnen einen interessanten Austausch zu pflegen.

Es wird niemanden überraschen, wenn ich sage, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich sehr für die staatlichen Belange interessieren, auch wenn des Öfteren ein gewisser Frust darüber spürbar ist, dass die Dinge nicht immer so verlaufen, wie man es möchte.

Liegt also vielleicht ein Funken Wahrheit im eingangs zitierten Aphorismus, wonach "die Demokratie die Kunst ist, das Volk glauben zu lassen, dass es regiere"?

Und wenn dem so wäre, wer ist der "grosse Alte", der die Strippen zieht? Spontan denken wir dabei an Lobbys. Dabei sind letztere integrierender Bestandteil unserer Demokratie. Häufig handelt es sich um Minderheiten, die nach Aufmerksamkeit und Zustimmung trachten. Sowohl wenn sie versuchen, uns für die Probleme eines gewissen Wirtschaftszweigs zu sensibilisieren, als auch wenn sie die Forderungen der Mitglieder einer Gewerkschaft oder einer der zahlreichen Organisationen vertreten, die zur Entwicklung unserer Gesellschaft oder zur Wahrung eines öffentlichen Guts beitragen.

Unser Gesetzgebungsapparat ist so konzipiert, dass ein mögliches Referendum vermieden werden kann. Aus diesem Grund wird bei der Ausarbeitung eines Gesetzes versucht, sämtliche beteiligten Parteien miteinzubeziehen und sämtliche betroffenen Interessen zu berücksichtigen. Lobbyarbeit kann daher als Mittel betrachtet werden, um sämtliche Interessen und sämtliche Informationen zu berücksichtigen, welche nützlich sein können, um zu einem möglichst breit abgestützten Entscheid zu gelangen.

Auch wenn Lobbys nicht verteufelt werden sollen, wäre es jedoch naiv, nicht zu berücksichtigen, wie sie auf die einzelnen Abgeordneten einwirken, um deren Gunst zu erlangen.

Ausserdem können wir auch nicht so tun, als ob wir nicht wüssten, dass die Schweiz zu jenen Ländern gehört, in denen die Einflussnahme vonseiten der Interessensgemeinschaften auf die Politik

am wenigsten reglementiert und kontrolliert ist. Diese Tatsache wirft nicht selten Schatten auf die Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft.

Die Parteien stellen einen engen Austausch und eine gegenseitige Kontrolle sicher und könnten die Rolle eines Aufsehers einnehmen, der in der Lage ist, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Um voll und ganz glaubwürdig zu sein, täten die Parteien jedoch gut daran, ihre Finanzierungsquellen offenzulegen. Dies gilt umso mehr in dieser Zeit, in der zu verschiedenen Themen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern radikalerer Veränderungen im Gange sind.

Persönlich wünsche ich mir mehr Transparenz und eine bessere Kontrolle der Parteienfinanzierung. Und ich hoffe, dass im Laufe der kommenden Legislaturperiode auf Bundesebene diesem Thema mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Es wäre eine weitere Verfeinerung einer reifen und gut entwickelten Demokratie wie wir sie in der Schweiz haben. Diese ist in der Lage, sämtliche Zweifel darüber zu zerstreuen, dass in der Realität wirklich der Wille des Volkes regiert, anders als es der eingangs zitierte Aphorismus behauptet.